

Die Sozialistische Internationale in Wien

Autor(en): **Brügel, J.W.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **51 (1972)**

Heft 9

PDF erstellt am: **17.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-338551>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Dr. J. W. Brügel

Die Sozialistische Internationale in Wien

Die nach dem Zweiten Weltkrieg wieder aufgebaute Sozialistische Internationale unterscheidet sich in einem wesentlichen Punkt von ihren Vorgängern. Die politische Arbeit der Internationale der Zwischenkriegszeit fusste auf dem Grundsatz, dass ihre Beschlüsse für die Mitgliedsparteien bindend waren. Das führte dazu, dass in der weltpolitischen Situation der dreissiger Jahre Beschlüsse bindenden Charakters einfach nicht zustande kommen konnten, weil der Ausgangspunkt für die diversen Mitgliedsparteien zu verschieden war: die einen bildeten die Regierung ihres Landes oder waren in ihr vertreten, die anderen waren Oppositionsparteien, wieder andere waren in ihrem Heimatland illegal und konnten nur in der Emigration weiterleben. Unter diesen Umständen konnte zum Beispiel keine gemeinsame Stellungnahme der Internationale zur Politik des Zurückweichens der westlichen Demokratien vor den Diktaturen und nicht einmal eine gemeinsame Erklärung aus Anlass des Kriegsausbruches 1939 beschlossen werden, da sie die Parteien aus den neutralen Ländern nicht hätten mitunterschreiben können. Aus dieser Erfahrung heraus wurde die neue Internationale nach dem Krieg mit der Festlegung geboren, keinerlei bindende Beschlüsse zu fassen, aber zu versuchen, das Maximum an gemeinsamen Auffassungen in programmatischen Erklärungen und Resolutionen herauszuarbeiten.

Die gemeinsame ideologische Basis der in der Sozialistischen Internationale vereinigten Parteien wurde in der «Erklärung über die Ziele und Aufgaben des demokratischen Sozialismus» (Frankfurt, Juli 1951) niedergelegt und in der Erklärung von Oslo (Juni 1962) «Die Welt von heute – sozialistisch gesehen» ergänzt. Nunmehr geht es bei den Tagungen der Sozialistischen Internationale nicht so sehr um ideologische Fragen als um die Formulierung einer möglichst gemeinsamen Haltung zu den dringenden Problemen des Tages und der Stunde. Die Internationale ist zu einem Forum geworden, vor dem die Mitgliedsparteien vor allem ihre eigene Politik entwickeln, erläutern und verteidigen. An die Stelle des Dialogs ist vielfach der Monolog getreten, wie sich wieder beim 12. Kongress der Internationale in Wien vom 26. bis 29. Juni ergab. Daraus resultiert die oft unlösbar erscheinende Aufgabe, in Resolutionen die nur

durch das gemeinsame Bekenntnis zum demokratischen Sozialismus erleichterte Synthese herauszustellen, die den gegebenen Möglichkeiten des Augenblicks entspricht. Die Ergebnisse dieser Arbeit sind da natürlich nüchtern und klingen wenig erhebend, aber sie geben der internationalen sozialistischen Zusammenarbeit doch eine solide Grundlage.

Die weltpolitische Situation

Im Mittelpunkt standen in Wien natürlich die grossen weltpolitischen Probleme des Augenblicks und die Fragen einer sozialistischen Europapolitik. Zweifellos gab es in bezug auf die weltpolitischen Fragen viel Gemeinsamkeit in den Auffassungen. Man war sich einig in der Erkenntnis der Notwendigkeit, keine Möglichkeit einer weiteren weltpolitischen Entspannung ungenützt zu lassen; aber auch in dieser Einigkeit gab es Nuancen, die auf wesentliche Divergenzen in der Auffassung schliessen lassen, die sich aus den verschiedenen Situationen erklären, in denen die einzelnen Mitgliedsparteien wirken. Sie alle, ob sie nun in demokratischen Ländern die Regierung bilden, an ihr teilhaben oder in Opposition stehen, müssen bei ihrem Willen zur Gemeinsamkeit doch zunächst von den innenpolitischen Notwendigkeiten ausgehen, die zum Beispiel in Finnland ein wesentlich anderes Gesicht haben als in Italien. Man war sich in Wien einig im Lob für die Ostpolitik der von Willy *Brandt* geführten Bundesregierung, aber Brandt selbst, der das einleitende politische Referat hielt, beurteilte die von ihm eröffneten Möglichkeiten weit nüchterner als andere Debattenredner. Er betonte, man dürfe bei allen Anstrengungen, mit dem von den Kommunisten beherrschten Teil der Welt zu Friedensregelungen zu kommen, die unüberbrückbaren ideologischen Gegensätze zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten nicht verwischen. Brandt warnte auch vor blindem Anti-Amerikanismus, von dem er sagte, er sei oft nur «das Feigenblatt für das eigene Versagen». Andere hatten da, ohne Brandt direkt zu widersprechen, viel weniger Bedenken. François *Mitterrand*, der zum erstenmal als Sprecher der französischen Sozialisten auf einem internationalen Kongress auftrat, begründete aus den speziellen französischen Verhältnissen heraus den Pakt seiner Partei mit den Kommunisten seines Landes, den er als augenblicklich einzige Möglichkeit bezeichnete, das gegenwärtige reaktionäre französische Regime durch ein politisch und sozial fortschrittlicheres zu ersetzen. Rechts von der Sozialistischen Partei bei den bürgerlichen Liberalen würden keine Kräfte existieren, behauptete er, mit denen die Sozialisten eine Koalition gegen den Gaullismus eingehen könnten. Aber Mitterrand gab keine Antwort auf die naheliegende Frage, die er gar nicht erwähnte, inwieweit man im Ernstfall kommunistischen Zusicherungen und Konzessionen an den Standpunkt der demokratischen Sozialisten trauen könne. Es mag ein Fortschritt sein, dass die französischen Kommunisten sich jetzt zum Grundsatz des Mehrparteiensystems bekennen und die Notwendigkeit zu-

geben, dass eine Regierung, in der sie vertreten wären, nach einer Wahlniederlage wieder zurücktreten müsste, aber wo ist die Gewähr dafür, dass ein solches Versprechen auch eingehalten wird?

Die Sprecher der finnischen Sozialdemokratie, für deren heikle geographische Situation jedermann Verständnis hat, versuchten, Bedenken wegen der Glaubwürdigkeit kommunistischer Zusicherungen zu zerstreuen, aber auf ihrem jüngst abgehaltenen Parteitag hatten sich die Sozialisten Finnlands doch gezwungen gesehen, gegen die Kommunisten ihres Landes energischere Töne anzuschlagen. Bruno *Kalnins* (Lettland) sagte im Namen der Exilparteien, die Völker Osteuropas möchten nicht nur wie alle anderen den Frieden, sondern auch die Freiheit haben, und er warnte davor, dass die westlichen Nationen auf der Sicherheitskonferenz des nächsten Jahres die allgemein erwünschte Entspannung auf Kosten der Beibehaltung der Unfreiheit in den kommunistisch regierten Ländern erkaufen. Die Internationale möge sich mehr für die wachsende und trotz Terror nicht ausrottbare demokratische Opposition in der Sowjetunion interessieren. Es ist bemerkenswert, dass sich diese Auffassung der Exilsozialisten weitgehend mit dem Standpunkt Pietro *Nennis* deckte, der in Italien nach dem Krieg bis zur ungarischen Tragödie von 1956 die Politik eines Zusammenwirkens mit den Kommunisten verteidigte. Nenni sagte unter anderem:

«Wir stimmen in unseren Kongressen und in den Versammlungen unseres Generalrats gegen die Unterdrückung in der Tschechoslowakei, wo einer nach dem andern militante Kommunisten und Intellektuelle, die am Prager Frühling von 1968 teilnahmen, beseitigt werden. Wir unterzeichnen Aufrufe und Telegramme, aber wir haben die politische und kulturelle Aktion des tschechoslowakischen Widerstandes nicht unterstützt und unterstützen diese auch heute nicht auf europäischer Ebene.

Ursprung der Bewegungen im Osten, die den kritischen Geist in Flammen halten, ist eine kulturelle Tatsache von höchster Bedeutung: ein humanistisch freiheitlicher, auf Gleichberechtigung basierender Revisionismus, der mit den Ursprüngen der modernen sozialistischen Bewegung in Europa und in der ganzen Welt in Zusammenhang steht. Wir haben ihn nicht unterstützt, und wir unterstützen ihn noch immer nicht, wenn er sich auch auf Grund der geheimen Tätigkeit von unbeugsamen Minderheiten und Verbannten nicht zerstören lässt.»

Krisenherd Naher Osten

Wie schon an den vorangegangenen Tagungen, waren auch die Kongressteilnehmer in Wien wieder tief von den Darlegungen Golda *Meirs*, der Regierungschefin Israels, beeindruckt, die das Lebensrecht ihres sozial fortschrittlichen Staates verteidigte. Sie machte sehr detaillierte Angaben über die russischen Truppenkonzentrationen in Ägypten und behauptete,

dass deren Ausmass so gross sei, dass sie sich wohl nicht nur gegen Israel richten könnten, sondern dem alten zaristischen Traum folgen dürften, im Nahen Osten Fuss zu fassen.

Das Vietnam-Problem

Am umstrittensten war natürlich die Haltung zur Vietnam-Frage, obwohl sich die Auseinandersetzung darüber mehr hinter den Kulissen als im Saal abspielte. In der offenkundigen Absicht, eine einheitliche Stellungnahme nicht zu erschweren, war man in dem vorbereiteten Resolutionsentwurf auf die Frage gar nicht eingegangen, ob der Ursprung des Konflikts in einem kommunistischen Angriff auf Südvietnam oder in einem amerikanischen Angriff zu sehen ist, der in der offiziellen amerikanischen Version nur einen Versuch darstellt, einen kommunistischen abzuwehren. Man war sich einig darüber, dass es keine militärische Lösung des Krieges in Vietnam geben könne und dass der Friede auf dem Recht der Völker Indochinas gegründet sein müsse, ihre Zukunft frei von auswärtigen Einflüssen zu bestimmen. Man war sich auch in dem Verlangen einig nach sofortiger Einstellung der Feindseligkeiten und vor allem der Einstellung der Bombenangriffe und Massenvernichtung; ebenso in der Verurteilung der von den Amerikanern neu eingeführten geradezu die Grundlagen des Lebens in Vietnam vernichtenden chemischen Kriegstaktiken. Aber die einen wollten nur die Einstellung der Feindseligkeiten durch die amerikanische Seite erreicht sehen, während die anderen darauf beharrten, es müsste auch die «Beendigung aller anderen militärischen Aktionen» angestrebt werden. Das Ergebnis war eine mühselig erzielte Kompromissresolution, die es offen liess, ob unter den «fremden Truppen», deren Abzug aus Indochina verlangt wurde, die nordvietnamesischen Eindringlinge in Südvietnam mitverstanden werden sollten. Manche Mitgliedsparteien der Internationale sind der Auffassung, dass sozusagen die Nordvietnamesen auch in Südvietnam in ihrem eigenen Lande sind, also nicht als Eindringlinge bezeichnet werden können, ein Standpunkt, der die Parteien des europäischen Kontinents beunruhigen muss, weil nach dieser Logik etwa in die Bundesrepublik Deutschland eindringende Einheiten der «nationalen Volksarmee» der DDR auch behaupten könnten, im eigenen Lande zu sein. Die schliesslich angenommene Resolution endet mit den Sätzen:

«Die Sozialistische Internationale fordert die USA-Regierung auf, ein Datum für den frühen Abzug aller amerikanischen Militäreinheiten bekanntzugeben, und fordert auch die nordvietnamesische Regierung auf, ein vernünftiges Abkommen für die Entlassung aller amerikanischen Kriegsgefangenen anzubieten. Eine Koalitionsregierung soll in Südvietnam errichtet werden unter Einbeziehung aller friedlich orientierten Elemente in diesem Lande, und freie Wahlen sollen zu einem frühen Zeitpunkt organisiert werden.»

Das EWG-Problem

Die internationale sozialistische Zusammenarbeit in Europa ist, wie allgemein bekannt, durch die vorjährigen Mehrheitsbeschlüsse der britischen Arbeiterpartei gegen den Beitritt Grossbritanniens zu den Europäischen Gemeinschaften unter den von der Regierung Heath ausgehandelten Bedingungen ernstlich in Frage gestellt worden, und man erwartete von dem Kongress in Wien die Aufnahme neuer Kontakte zwischen den Sozialisten der EWG-Länder und denen Grossbritanniens. Obwohl die zu diesem Punkt vorgelegte Resolution die Konzession machte, die EWG müsse «den wesentlichen Bedürfnissen der britischen Arbeiterbewegung und jener anderer Länder entsprechen», hat sich die Labour Party bei der Abstimmung in diesem Falle der Stimme enthalten. (Unter den «anderen Ländern» ist auch die Schweiz zu verstehen.) Die Dinge sind in Grossbritannien vorläufig eben noch im Fluss und für eine definitive Stellungnahme zur sozialistischen Zusammenarbeit in den auf zehn Staaten erweiterten Institutionen der Europäischen Gemeinschaften, vor allem dem Europäischen Parlament, noch nicht reif. Harold *Wilson* verteidigte in einer längeren, Hiebe nach allen Seiten austeilenden Rede die Haltung seiner Partei in der EWG-Frage. Soweit er den Vorwurf, seinen Standpunkt geändert zu haben, zurückwies und die von Grossbritannien verlangten Vertragsbedingungen als «katastrophal» und «ruinös» kritisierte, hätte man darüber diskutieren können. Seine Ankündigung, eine künftige Labourregierung werde versuchen, über den Vertrag zum Beitritt des Landes neu zu verhandeln, das heisst bessere Bedingungen zu erzielen, war allerdings schon vorher durch eine Erklärung von Willy Brandt abgewertet worden, der das unrealistisch genannt hatte, und mehr noch durch die Ausführungen des holländischen Sozialisten *Sicco Mansholt* in Wien, der es für ausgeschlossen erklärte, dass ein von zehn Parlamenten ratifizierter Vertrag durch einen anderslautenden ersetzt werden könnte. (Mansholts Stimme ist gewichtig, weil er gegenwärtig das Amt des Präsidenten der EWG-Kommission in Brüssel innehat.) Aber Wilson braucht dieses Argument von der in Aussicht genommenen Neuverhandlung des Vertrages, um einen Beschluss des Labour-Parteitag zu verhindern, der eine künftige Labourregierung darauf festlegen würde, Grossbritannien aus den Europäischen Gemeinschaften wieder herauszuführen. Vor einem englischen Auditorium wäre Wilsons Wiener Rede eine Meisterleistung gewesen, vor dem internationalen Forum musste sie ohne Echo bleiben, denn er beschränkte sich lediglich auf die Verteidigung seiner Haltung und ging mit keinem Wort auf die zentrale Frage ein, ob und mit welchen Zielsetzungen sich die britischen Sozialisten nach dem 1. Januar 1973 im Europäischen Parlament (Grossbritannien wird dort 36 Vertreter haben, etwa die Hälfte werden Sozialisten sein) mit den Sozialisten der anderen Länder zusammenschliessen gedenken. So blieb diese Debatte trotz manchen positiven Beiträgen ergebnislos.

Die «Dritte Welt»

Die Fragen der «Dritten Welt», wiewohl vorher in einem Ausschuss aufs gründlichste besprochen, kamen leider auch diesmal wieder vor der Öffentlichkeit etwas zu kurz, weil sie erst knapp vor Torschluss am letzten Verhandlungstag zur Besprechung gelangten. Das verstärkt den unwillkommenen und unrichtigen Eindruck, die Internationale sei immer noch eine vorwiegend europäische Angelegenheit. Dazu muss man wissen, dass die vor zwei Jahren erfolgte Schaffung einer Asien, Australien und Neuseeland umfassenden Regionalorganisation mit dem Sitz in Singapur dem demokratischen Sozialismus in diesem immer wichtiger werdenden Teil der Welt Auftrieb gegeben hat. Bedauerlicherweise kann Gleiches noch nicht vom afrikanischen Kontinent gesagt werden. Nicht vertreten auf dem Wiener Kongress war diesmal die Sozialdemokratische Partei von Madagaskar (wie überhaupt die Beteiligung aus den überseeischen Ländern schwächer war als sonst), und die verworrene Lage in diesem Land, das bisher von den Sozialisten regiert wurde, ist in Wien auch nicht besprochen worden. Die Hoffnungen, dass sich die Awami-Liga von Bangla-Desh positiv zur Internationale stellen werde, haben sich bisher nicht erfüllt.

Demokratischer Sozialismus — die grosse Alternative

Der Wiener Kongress der Internationale stand ganz unter dem Eindruck der beherrschenden Stellung der gastgebenden Partei, denn er tagte in einem Land, das schon das vierte vom Volk gewählte sozialistische Staatsoberhaupt hat und seit dem Vorjahr eine sozialistische Regierung mit parlamentarischer Mehrheit, in einer Stadt, die seit 1918, wenn man von den Jahren des Faschismus zwischen 1934 und 1945 absieht, von Sozialdemokraten mit starker Hand und fruchtbarer Initiative verwaltet wird. Mögen auch manche gegensätzliche Auffassungen zu Wort gekommen sein, haben doch alle der Formulierung zugestimmt, die Bruno Kreisky, Österreichs Bundeskanzler und Parteiführer, auf dem Kongress geprägt hat:

«Die zentrale Idee der Sozialdemokratie, wonach die Grundsätze der Demokratie hinausdringen müssen über die relativ engen Grenzen der reinen Politik, sich durchsetzen müssen im sich ständig erweiternden Bereich unseres gesellschaftlichen Lebens, wird so die grosse Alternative zur kommunistischen Diktatur. Denn in dem Masse, in dem wir die soziale Demokratie anstreben und sie schrittweise verwirklichen, muss sie sich in steigendem Masse für die Menschen in den Diktaturen als die fortschrittlichere, höher entwickelte gesellschaftliche Form des Zusammenlebens darbieten.»

Und man kann hinzufügen: das gilt nicht weniger gegenüber den bürgerlich-kapitalistischen Auffassungen von vorgestern.